

Gedanken zu den deutsch-ungarischen Beziehungen zwischen 1920 und 1945

Von Martin Seckendorf

Teil I

Die letzte deutsche Okkupation

Im März 1944 überfiel die Wehrmacht Ungarn. Nach Italien besetzte Hitlerdeutschland einen weiteren Verbündeten. Die verbreitete Kollaborationsbereitschaft in der herrschenden Klasse Ungarns kam den Nazis entgegen.

Ungarn gehörte als Teil der k.u.k. Monarchie zu den Verlierern des Ersten Weltkrieges. Im Friedensvertrag von Trianon wurde 1920 festgelegt, daß das Land Reparationen zahlen und Beschränkungen auf vielen anderen Gebieten hinnehmen mußte. Ungarn hatte fast 70 Prozent seines Territoriums an die Nachbarländer Tschechoslowakei, Rumänien, Jugoslawien und Österreich abzugeben. Das Land war ein unterentwickelter Agrarstaat mit halbfeudalen, extrem ungerechten Eigentums- und Verteilungsverhältnissen. 1919 versuchte eine nach russischem Vorbild entstandene Räteregierung die Lage zu verbessern. Die angestrebten tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandlungen riefen die Konterrevolution auf den Plan. Zusammen mit Entente-Truppen wurde die Rätewacht gestürzt. Unter Führung des letzten Befehlshabers der k.u.k. Kriegsmarine, Miklos Horthy, ermordeten konterrevolutionäre Verbände tausende Anhänger der Räteregierung. Horthy ließ sich als „Reichsverweser“, gewissermaßen als Ersatzkönig, ausrufen und etablierte ein antikommunistisches, autoritäres und antisemitisches Regime. Uferloses Streben nach Veränderung der Nachkriegsgrenzen und Zementierung der reaktionären gesellschaftlichen Verhältnisse bildeten seitdem die Leitlinien aller ungarischen Politik bis 1945.

Deutsches Expansionsziel

Durch die aggressiv vorgetragene Revisionspolitik war Ungarn international isoliert und suchte Verbündete. Hierfür kam vor allem Deutschland in Frage, das ebenso vehement die Beseitigung der Nachkriegsordnung forderte. Eine enge Anlehnung an Berlin erschien den Regierenden in Budapest als der beste Weg, ihren Plänen die erforderliche Durchschlagskraft zu geben.

Die deutschen Machthaber hatten Ungarn als Stützpunkt für weitergehende, „raumgreifende“ Expansionen vorgesehen. Man plante, in Südosteuropa die bis 1918 errungene deutsche Hegemonie wieder zu erreichen. Noch in der Weimarer Republik erarbeiteten Gruppen der deutschen Hochfinanz und Politik, wie der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, dafür Konzepte. Die allgemeine Schwäche des deutschen Imperialismus setzte deren Realisierung enge Grenzen. Erst die Machtübertragung an die NSDAP im Januar 1933 ermöglichte die Umsetzung der hochkomplexen Programme in Politik.

Wichtigstes Mittel zur Unterordnung Ungarns unter das deutsche Diktat sollte die Wirtschaftspolitik werden. Wenn man den deutschen Markt für landwirtschaftliche Produkte des von der Weltagrarkrise besonders gebeutelten Donaulandes öffnete, so das Kalkül, gerate Ungarn bald in ökonomische Abhängigkeit, aus der es sich nicht wieder lösen könne und offen für weitergehende auch politische Forderungen Berlins werde. Außerdem entstehe ein stabiler Absatzmarkt für die deutsche Industrie.

Wegen der verbalen Unterstützung ungarischer Revisionsforderungen fand die ökonomisch drapierte deutsche Politik in Ungarn offene Ohren, ohne daß man die Gefahr eines deutschen südosteuropäischen Großwirtschaftsraumes voll durchschaute. Zudem trafen die Horthyvertrauten bei den Nazis auf „Brüder im Geiste“. Der ungarische Ministerpräsident

Gyula Gömbös, nannte in einem Brief vom 22. April 1933, sich und Hitler „alte rassenschützerische Kameraden“, die in „derselben Weltanschauung“ lebten. Gömbös war der erste ausländische Staatsmann, der im Juni 1933 Nazi-Deutschland besuchte. Das Horthy-Regime wurde auch innenpolitisch dem Nazismus immer ähnlicher: Hunderte Zeitungen und Zeitschriften wurden verboten, zwischen 1938 und 1940 erließ Budapest drei „Judengesetze“, die sich an der deutschen „Rassenpolitik“ orientierten.



Bedingungslose Anlehnung an Hitlerdeutschland – der ungarische Reichsverweser Miklos Horthy beim Staatsbesuch in Berlin (1938)

Vasall der Nazis

Die 1934 eingeleitete deutsche Wirtschaftsoffensive führte bald zu der erwünschten starken wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit. Ungarn unterstützte die ersten deutschen Aggressionen und erhielt dafür territoriale Gewinne. Bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/1939 gingen große Teile der Slowakei, die Karpathoukraine und rumänisches Gebiet an Ungarn. Im November 1940 trat es als erster Nichtgründerstaat dem faschistischen Bündnis, dem Dreimächtepakt, bei.

Budapest beteiligte sich im April 1941 an der Aggression gegen Jugoslawien und annektierte wirtschaftlich wertvolle Gebiete im Norden des unterjochten Landes. Höhepunkt der ungarischen „Annäherung“ an Deutschland war die freiwillige Teilnahme am Überfall auf die Sowjetunion seit dem 27. Juni 1941. Horthy betonte die antisowjetische und antikommunistische Gemeinsamkeit und erwartete weitere Gebietsgewinne für ein „Großungarn“. Dafür band man sich bedingungslos an das Nazi-Regime. Budapest schickte 800000 Soldaten als Kampftruppen und als Besatzungskräfte zur „Befriedung“ und Ausbeutung der besetzten Territorien. Ungarn war von einem abhängigen Verbündeten zu einem Vasallen der Nazis herabgesunken.

Anfang 1943 erzwang die Rote Armee an Don und Wolga die Wende des Krieges. Von den Offensiven der sowjetischen Streitkräfte war ab Mitte Januar auch die mehr als 250000 Mann zählende 2. ungarische Armee betroffen. In den Kämpfen am Don südlich Woronesch wurde dieser kampfkraftigste Großverband des ungarischen Heeres zerschlagen. Fast 75 Prozent des Mannschaftsbestandes und die gesamte Technik gingen verloren. Die Wehrmachtsführung gab den Ungarn die Schuld an der Niederlage, da sie „rassebedingt“ in ihrer „Widerstandskraft versagten“.

Für die Herrschenden in Budapest war das Debakel ein weiterer Beleg dafür, daß die Deutschen den Krieg nicht mehr gewinnen konnten. Man versuchte, ohne Schaden für die gewonnenen Territorien und die Horthy-Ordnung das Bündnis zu verlassen. Ungarn knüpfte Kontakte zu den Westmächten. Die Sowjetunion wurde zunächst nicht einbezogen. Budapest ging in Kenntnis der britischen Pläne einer Balkaninvasion davon aus, daß die Angloamerikaner früher die Grenzen Ungarns erreichen würden, als die Sowjetunion. Unterhändler Horthys forderten bei den Gesprächen mit den Briten im August 1943 eine Garantie dafür, „daß Ungarn nicht von

russischen Truppen besetzt werde“ und die Westalliierten die bis dahin mit deutscher Hilfe erfolgten Annexionen anerkennen.

Die Nazis waren über die Verhandlungen informiert. Eine deutsche Reaktion blieb aber vorläufig aus. Als im September 1943 Rom das faschistische Bündnis verließ errichtete die Wehrmacht in Italien ein unglaublich brutales Besatzungsregime auch als Drohung gegenüber anderen „Absprungkandidaten“.

Ende 1943 hatte sich die militärische Lage Deutschlands im Osten weiter verschlechtert. Ungarn wurde als Transitland, Rückraum und Versorgungsstützpunkt für die Wehrmacht immer wichtiger. Das Wirtschaftspotential gewann für die deutsche Kriegswirtschaft zunehmend an Bedeutung. Ungarn war für Deutschland der einzige Lieferant des Aluminiumvorstoffs Bauxit und des Stahlveredlers Mangan. Es lieferte große Mengen Erdöl und Antimon sowie landwirtschaftlicher Produkte. Auch die an die ungarische Industrie vergebenen Rüstungsaufträge erreichten erhebliche Ausmaße. In Berlin war man aber der Meinung, daß das Land unter deutscher Herrschaft noch viel größere Beiträge zu leisten in der Lage sei und auch mehr Soldaten an die Front schicken könne. Im November 1943 berichtete der in geheimer Mission in Ungarn tätige SS-Standartenführer Edmund Veessenmayer dem Auswärtigen Amt, nach einer Besetzung könne man „aus diesem Raum...das Doppelte und mehr als bisher herausholen.“

Die Aggression

Ende 1943 faßte die deutsche Führung den Entschluß, Ungarn zu okkupieren. Am 12. März 1944 erging der Angriffsbefehl. Gestützt auf das Wissen um die große Kollaborationsbereitschaft breiter Schichten der herrschenden Klasse und im Staatsapparat, insbesondere in Polizei und Armee, folgte die deutsche Führung den Vorschlägen ihres Topagenten Veessenmayer und versuchte, für das zu implementierende Besatzungsregime eine „ungarische Lösung“ mit Horthy an der Spitze zu erreichen. Der „Reichsverweser“ wurde für den 18. März zu einem Gespräch auf Schloß Klessheim bei Salzburg gebeten. Hitler empfing ihn mit einer Kaskade von Vorwürfen: Die ungarische Regierung verhandele mit dem Feind und versuche, aus dem Krieg auszusteigen. Außerdem werde nichts unternommen, um die „Judenfrage“ zu lösen. Es drohe die Gefahr, daß Ungarn ein zweites Italien werde. Deshalb sei die militärische Besetzung Ungarns angewiesen worden. Hitler verlangte von Horthy, der Okkupation zuzustimmen, im Amt zu bleiben und eine den Deutschen genehme Regierung zu bilden, die den Krieg nach deutschen Richtlinien weiterführt. Nach kurzem Zögern, auf das die deutsche Führung mit Drohungen auch gegen Horthys Familie reagierte, stimmte der Reichsverweser den Forderungen zu. Der ungarische Generalstabschef Ferenc Szombathelyi befahl der Armee, keinen Widerstand zu leisten. Am 19. März um vier Uhr morgens überschritten deutsche Truppen in Stärke von acht Divisionen die ungarische Grenze. Unternehmen „Margarethe“, wie die Deckbezeichnung für die Invasion lautete, war angelaufen. Zuvor hatte man 15000 Soldaten nach Ungarn eingeschleust. Dazu gehörten Teile der Rangerdivision „Brandenburg“ unter General Alexander von Pfohlstein, die sofort mit Verhaftungen von „Reichsfeinden“ begannen.

Die Besetzung des Landes wurde in kurzer Zeit abgeschlossen, „Widerstand nirgends geleistet“, heißt im Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW).

Mit den Invasionstruppen kam auch ein Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der SS, das nach einem Eintrag im Kriegstagebuch des OKW sofort eine weitere Festnahmeaktion einleitete. Nach vorbereiteten Fahndungslisten wurden neben führenden Liberalen, Anhängern einer Wiedereinsetzung der Monarchie und Flüchtlingen aus anderen Ländern auch 3076 Juden verhaftet, darunter, wie das Kriegstagebuch hervorhebt, führende Industrielle. Die Deutschen begehrten deren Betriebe und Aktienportfolios.

Durch die Zugeständnisse Horthys gegenüber der Nazi-Führung war die Gestalt des Okkupationsregimes festgelegt.

Besonderes Okkupationsregime

Der Reichsverweser blieb Staatsoberhaupt. Ungarn galt formell als souveräner Staat, in dem sich deutsche Truppen zum Schutz des Landes gegen den Bolschewismus aufhalten, wie aus Berlin verlautete. Die deutsche Führung setzte auf die Kollaboration des größten Teils der herrschenden Klasse. Die Einsetzung einer „deutschfreundlichen“ Regierung und die Säuberung des Staatsapparates von „deutschfeindlichen“ Kräften, vor allem von jenen Personen, die der anglophilen Fraktion in der herrschenden Klasse zugeordnet wurden und die die Gespräche mit den Alliierten über einen Separatfrieden geführt hatten, schienen den Nazis die Gewähr für die Beherrschung Ungarns zu bieten. Auf eine deutsche Militärverwaltung konnte verzichtet werden.

Als zentrale Instanz wurde am 19. März der „Bevollmächtigte des Großdeutschen Reiches in Ungarn“ eingesetzt und der SS-Führer Veesenmayer als Behördenleiter ernannt. Er sei, so der Text der Ernennungsurkunde, „für die gesamte politische Entwicklung in Ungarn verantwortlich“. Zunächst habe er die Bildung einer „nationalen Regierung in die Wege zu leiten, die entschlossen ist, ihre Bündnispflichten...loyal und bis zum Endsieg zu erfüllen.“ Es komme darauf an, daß die „Verwaltung des Landes...auf allen Gebieten“ durch die neue Regierung mit dem Ziel erfolgt, „sämtliche(n) Hilfsquellen des Landes, insbesondere die wirtschaftlichen Möglichkeiten, in einem Höchstmaß für die...gemeinsame Kriegführung auszunutzen.“ Der Reichsaußenminister präziserte, Veesenmayer habe die Aufgabe, die deutschen Forderungen bei der ungarischen Regierung „mit dem nötigen politischen Druck durchzusetzen.“ Veesenmayer, schrieb nach Berlin, sein Grundsatz sei, „alles mit und durch die Ungarn machen zu lassen, was von uns gefordert“ werde.

In den Stab Veesenmayers waren ein Höherer SS- und Polizeiführer (HSSPF) und ein „Beauftragter für die Wirtschaft“ integriert. HSSPF wurde SS-General Otto Winkelmann. Er war für „die mit deutschen Kräften in Ungarn durchzuführenden Aufgaben der SS und Polizei, insbesondere für die polizeilichen Aufgaben auf dem Gebiet der Judenfrage“ verantwortlich. Zum Wirtschaftsbeauftragten wurde der AEG-Generaldirektor Hans Constantin Boden ernannt. In einem Erlass Hitlers heißt es, seine „vordringlichste Aufgabe...ist der uneingeschränkte Einsatz der gesamten Wirtschaftskraft Ungarns“ für „die gemeinsame Kriegführung“. Die Dienststelle „Wehrwirtschaftsoffizier Ungarn“ meldete dem OKW, Boden sei der richtige Mann, um „die auf allen Gebieten noch mögliche Produktionssteigerung durchzuführen.“

Am 23. März wurde die „nationale Regierung“ unter Döme Sztojaj gebildet. Der ehemalige Vertreter Ungarns in Berlin war glühender Anhänger der Nazis. Wirtschaftsbeauftragter Boden bescheinigte ihm, „eine Politik der engsten Anlehnung an Deutschland zu betreiben.“ Dabei seien „zahlreiche leitende Positionen von Personen besetzt worden“, die als „ausgesprochene Deutschenfreunde“ gelten. Der Wehrmachtführungsstab urteilte Ende März, Tätigkeit und Haltung der Sztojaj-Regierung entwickelten „sich befriedigend“. Sie habe die liberalen und linken Parteien sowie deren Presse verboten und die Gewerkschaften aufgelöst. Als Zeichen für „die Bereitschaft zum energischen Handeln“ wurden auch die „Maßnahmen zur Beseitigung des jüdischen Einflusses“ erwähnt.

Die mit der Invasion angestrebte volle Ausschöpfung des ungarischen Wirtschafts- und Menschenpotentials für die gemeinsame Kriegführung wurde gemäß der Konzeption vom selbständigen Staat der Ungarn meist in bilateralen Abkommen festgelegt. Dabei erschienen die deutschen Forderungen als ungarische Verpflichtungen. Um die Bezahlung der ungarischen Lieferungen und Dienstleistungen einschließlich der Ausgaben für die in Ungarn stationierte Wehrmacht und aller anderen deutschen Dienststellen sicherzustellen, wurde am 02. Juni ein Abkommen über die finanziellen Leistungen Ungarns an Deutschland geschlossen. Darin verpflichtete sich die ungarische Regierung, dem Nazireich als nicht rückzahlungspflichtiger Kriegskostenbeitrag rückwirkend seit dem 19. März monatlich 200 Millionen Pengö zu zahlen. Das entsprach einem Gegenwert von fast 59 Millionen US-Dollar. Der Wirtschaftsbeauftragte

Boden und der ungarische Finanzminister unterzeichneten am 08. Juli eine Vereinbarung in der festgeschrieben war, daß „über ungarische Gold- und Devisenbestände nicht ohne deutsche Zustimmung verfügt wird.“ Die deutschen Dienststellen meldeten im Sommer 1944, die „Mobilisierung aller Wirtschaftskräfte“ auf dem Rohstoffsektor, dem Gebiet der Rüstungsproduktion sowie bei der Nutzung des Menschenpotentials für Produktion, Stellungsbau und Waffendienst habe beachtenswerte Fortschritte gemacht.

Judenvernichtung

Horthy hat nach dem Krieg das Prinzip der deutschen Herrschaft über Ungarn wie folgt beschrieben: „Die Deutschen wollten dies und jenes – und der Ministerrat stimmt zu.“

Das galt nicht nur für die ungeheure Ausbeutung des Landes und seiner Bewohner, sondern auch für die von den Okkupanten geforderte „Endlösung der Judenfrage“. Mit den Invasionstruppen war ein Kommando unter Adolf Eichmann, „Judenreferent“ im Reichssicherheitshauptamt, in Stärke von 200 Gestapoleuten in Ungarn eingedrungen. Eichmann sollte die ungarischen Behörden bei der „Endlösung“ anleiten und kontrollieren und nur in Ausnahmefällen selbst operativ tätig werden. Die Deutschen schätzten die Zahl der in Ungarn lebenden Juden auf über 800000. Ziel sei, so Eichmann zu Veessenmayer, die vollständige „Ausräumung (des) ungarischen Raumes“.

Auf der ersten Sitzung der am 23. März berufenen „nationalen“ Regierung wurde die Liste der deutschen Forderungen zur „Endlösung“ beraten, nämlich Einführung des Judensterns, die Konzentrierung in Ghettos und Einziehung des Vermögens. Horthy hatte den Ministern verkündet, er lasse ihnen in dieser Frage freie Hand. Der Ministerrat stimmte den deutschen Wünschen zu. Eine Flut antijüdischer Verfügungen folgte. Am 07. April wurde die Verordnung „Nr. 6163/1944. res.“ erlassen. Darin heißt es: „Die königlich-ungarische Regierung wird das Land binnen kurzer Zeit von den Juden säubern.“ Alle Juden seien zu enteignen und durch Polizei und Gendarmerie in Sammellagern zu konzentrieren. „Als beratendes Organ wird die deutsche Sicherheitspolizei...Besichtigungen vornehmen, und auf die ungestörte Zusammenarbeit mit ihr ist besonderes Gewicht zu legen“, heißt es. Am 20. April wurde zwischen ungarischen und deutschen Behörden vereinbart, mit der Deportation zu beginnen. „Aufnahmeort ist Auschwitz“, telegraphierte Veessenmayer nach Berlin. Täglich gingen Transporte mit mehr als 10000 Menschen in das Vernichtungslager, wo man die Opfer zum größten Teil sofort vergaste. Die Züge wurden von ungarischen Behörden zusammengestellt und bis zur Grenze gebracht. Dort übernahm deutsches Personal die Transporte.

Blutiges Ende

Am 08. Juli mußte Horthy auf ausländischen Druck die von ihm gebilligten Deportationen einstellen lassen. Deutsche und ungarische Kräfte deportierten und mordeten in kleinerem Umfang weiter. Zu den Besonderheiten des Genozids gehörte neben der ungeheuren Geschwindigkeit des Deportations- und Tötungsprozesses, der selbst Auschwitz an seine Grenzen brachte, daß alle beteiligten deutschen und ungarischen Stellen, aber auch die Vertreter der Opfer wußten, was in Auschwitz passierte.

Der „Endlösung“ in Ungarn fielen etwa 476000 Menschen zum Opfer.

Im September erreichte die Rote Armee Ungarn. Horthy suchte hektisch nach Wegen, Ungarn aus dem faschistischen Bündnis zu lösen und kündigte einen Waffenstillstand mit den Alliierten an. Die Deutschen waren über die Aktivitäten informiert. Am 15./16. Oktober putschten Wehrmacht und SS mit dem Unternehmen „Panzerfaust“. Horthys Sohn wurde von der SS entführt, der Reichsverweser inhaftiert. Die Okkupanten setzten den Chef der faschistischen Pfeilkreuzlerpartei, Ferenc Szalasi, als Ministerpräsident ein. Seiner „Regierung“ gestanden die Besatzer weit weniger Kompetenzen zu, als den Vorgängern. Freie Hand erhielten die Szalasi-Horden dagegen bei der Vernichtung aller rassischen und politischen „Feindgruppen“.

Zehntausende Juden, Sinti und Roma sowie „abtrünnige“ Ungarn wurden meist auf offener Straße hingemetzelt. Die Szalasi-Verwaltung galt als Verbrecherregime schlechthin. Ende Oktober erreichten die sowjetischen Streitkräfte und ihre Verbündeten Budapest.

Teil II

Militärisch unsinnig und verbrecherisch

Im November erklärten die Faschisten 1944 Budapest zur Festung und nahmen die Zivilbevölkerung als Geiseln. Erst am 13. Februar 1945 konnte Ungarns Hauptstadt befreit werden.

Um ihren ausufernden Plänen zur Errichtung eines „Großungarn“ die notwendige Durchsetzungskraft zu verleihen, hatten sich die Herrschenden in Budapest auf Gedeih und Verderb an das Naziregime angelehnt und der deutschen ökonomischen und politischen Durchdringungspolitik Tür und Tor geöffnet. Ende 1940 resümierte das Auswärtige Amt, Ungarn sei „vollständig in unserer Hand.“

Höhepunkte der Anlehnung an das faschistische Deutschland waren die Teilnahme an der Aggression gegen Jugoslawien und am Krieg gegen die Sowjetunion seit dem 27. Juni 1941. Für Berlin wurde Ungarn während des Krieges als Durchgangs- und Rückraum der Wehrmacht als Lieferant von Nahrungs- und Futtermitteln sowie mineralischer Rohstoffen wie Bauxit, Mangan, Antimon und Erdöl immer wichtiger. Außerdem lieferte die Industrie in beträchtlichem Umfang Munition und Rüstungsgüter an die Wehrmacht.

Die Okkupation

Ende 1942/Anfang 1943 erzwang die Rote Armee in den Schlachten an Don und Wolga die Kriegswende. In diesen Kämpfen wurde auch die 2. ungarische Armee, der kampfstärkste Großverband des ungarischen Heeres, zerschlagen. Für die Herrschenden in Ungarn war das Debakel Anlass, um die Kontakte zu den Westmächten zu intensivieren. Man wollte das Bündnis mit den Nazis verlassen. Das profaschistische Regime und die mit deutscher Hilfe erfolgte territoriale Erweiterung sollten beibehalten werden. Immerhin war das ungarische Staatsgebiet durch die Expansionen um etwa 45 Prozent und die Einwohnerzahl um fast die Hälfte vergrößert worden.

Die „Absprung“-Aktivitäten und die Auffassung maßgebender Kräfte in Deutschland, ein unter deutscher Herrschaft stehendes Ungarn könne für die „gemeinsame Kriegsführung“ noch mehr Soldaten stellen und weit größere ökonomische Beiträge leisten, führten zu dem Entschluß, das Land zu okkupieren. Gestützt auf die Kollaborationsbereitschaft breiter Kreise der herrschenden Klasse und des Beamten- und Militärapparats implementierten die Nazis ab dem 19. März 1944 ein besonderes Besatzungsregime. Ungarn galt formell als unabhängiger Staat. Miklos Horthy blieb als „Reichsverweser“ Staatsoberhaupt. Der Staatsapparat wurde von jenen Kräften „gesäubert, die einen Ausstieg aus dem faschistischen Bündnis gutgeheißen hatten. Die deutschen Behörden waren nur Aufsichtsorgane, die antreibend und kontrollierend wirken sollten.

Im August 1944 veränderte eine gewaltige Offensive der Roten Armee im Südteil der deutsch-sowjetischen Front die Lage in Südosteuropa grundlegend. Anfang September erreichten die sowjetischen Streitkräfte bei Turnu Severin die jugoslawische und weiter nördlich die ungarische Grenze. Der Weg nach Belgrad und in der für die Rote Armee entscheidenden Stoßrichtung Budapest-Bratislava-Wien war geöffnet. Durch die sowjetische Offensive schieden Rumänien und Bulgarien aus der faschistischen Koalition aus und erklärten dem Nazireich den Krieg. Mit dem „Abfall“ Rumäniens wurde nach einem Eintrag im Kriegstagebuch des OKW „die deutsche Benzinversorgung ...schwer getroffen.“ Der deutschen Kriegswirtschaft standen nur noch die wenigen Erdölfelder in Ungarn und in

Österreich zur Verfügung. Damit war Ungarns Bedeutung für die Deutschen noch weiter gewachsen.

Durch den sowjetischen Vorstoß klaffte zwischen Karpaten und Donau eine Frontlücke von 200 Kilometern für die kein Großverband zur Verfügung stand. Die Wehrmacht beschloss, Griechenland zu räumen. Mit diesen Truppen sollte die gegen die Rote Armee an der Donau eine stabile Front aufgebaut werden.

Abkommen mit den Nazis

Beim Rückzug aus Griechenland stellten die Deutschen fest, daß die überlegenen britischen See- und Luftstreitkräfte die Wehrmacht unbehelligt nach Norden ziehen ließen. Der Sonderbevollmächtigte Südost meldete am 10. September nach Berlin, „daß (die) Engländer unsere Leute schon im Hinblick auf einen kommenden, auch im britischen Interesse liegenden Einsatz gegen die Bolschewisten bewußt herauslassen.“ Hintergrund war ein im Zweiten Weltkrieg einmaliger Vorgang: Nach dem Zeugnis von Albert Speer, Rüstungsminister und Hitlerintimus, hatten sich die deutsche und britische Militärführung über eine „Zug um Zug“-Räumung Griechenlands geeinigt. Die Wehrmacht sollte ihre strategisch wichtigen Stellungen zur Beherrschung des Landes solange gegen die linksgerichtete Griechische Nationale Befreiungsfront(EAM) und deren bewaffneter Arm, die Griechische Volksbefreiungsarmee (ELAS), halten, bis britische Verbände diese Punkte übernehmen konnten. Als Gegenleistung wurde den Nazis ein störungsfreier Abzug nach Norden zugesagt. Die Vereinbarung war ein Punkt zur Realisierung der britischen Nachkriegspläne für Südosteuropa. In deren Mittelpunkt stand die Beherrschung Griechenlands als Eckpfeiler der erstrebten Wiederaufrichtung eines dominierenden britischen Einflusses im östlichen Mittelmeer und im übrigen Südosteuropa. Das größte Hindernis für die Pläne bildete die EAM. Deren opferreicher Kampf gegen Besatzer und Kollaborateure und das auf ein unabhängiges, modernes und sozial gerechtes Griechenland zielende Nachkriegsprogramm brachten der Befreiungsfront riesigen Zulauf. Große Teile Griechenlands standen im Sommer 1944 unter ihrer Kontrolle. Der britische Premier Winston Churchill war bereit, Griechenland nach dem durch die sowjetische Augustoffensive erzwungenen Abzug der Wehrmacht militärisch zu besetzen und EAM gewaltsam zu zerschlagen. Er schrieb in einem Memorandum vom 29. August, ab 11. September sollten britische Streitkräfte bereitstehen, um nach dem vereinbarten Abzug der Deutschen, „aus heiterem Himmel zuzuschlagen“, denn das sei „die beste Art der EAM zuzuvorkommen.“ Der für die britischen Truppen in Griechenland zuständige Oberbefehlshaber, General Ronald Scobie, sollte „nötigenfalls ...„Blutvergießen“ nicht scheuen, um „die ELAS-Banden“, so Churchill am 05. Dezember 1944 in einem Befehl, „zu vernichten“.

Britische Balkanpläne

Der Rückzug der Wehrmacht aus Griechenland verzögerte sich, so daß die britischen Truppen erst am 04. Oktober auf der Peloponnes mit der Operation „Manna“, wie die Deckbezeichnung für die Besetzung lautete, beginnen konnten. Gleichzeitig drang die auf dem Südflügel der deutsch-sowjetischen Front kämpfende 3. Ukrainische Front unter Fjodor Iwanowitsch Tolbuchin, zügig Richtung Belgrad vor. Churchill versuchte, mehr über die sowjetischen Balkanpläne zu erfahren. Am 29. September teilte ihm Stalin mit, daß es Hauptaufgabe der Roten Armee in Südosteuropa sei, „Ungarn aus dem Krieg auszuschalten“ und damit den Weg in der strategischen Hauptrichtung Bratislava-Wien zu öffnen. Nur so konnte der Krieg in Europa schnell beendet und der von den Amerikanern gewünschte, von Stalin zugesicherte Eintritt der SU in den Krieg gegen Japan vollzogen werden. Ein Abdrehen sowjetischer Kräfte nach Griechenland hätte eine Schwächung der Roten Armee in der strategischen Hauptrichtung bedeutet. Angesichts der britischen Präsenz in diesem Raum bestand außerdem die Gefahr eines Zusammenstoßes mit westalliierten Truppen und die Beschädigung der Anti-Hitler-Koalition. Churchill versuchte bei einem Moskaubesuch ab 08. Oktober, mit Stalin zu einem förmlichen

Arrangement über Einflusszonen in Ost- und Südosteuropa zu kommen. Der sowjetische Staatsführer enthielt sich einer Stellungnahme und blieb, wie die späteren Besprechungen mit der britischen Delegation zeigten, bei der Fokussierung auf die strategische Hauptrichtung der sowjetischen Kriegsführung. So wurde eine Linie für die Operationen zu Lande und in der Luft etwa 250 Kilometer südlich von Belgrad vereinbart, die die britischen und sowjetischen Streitkräfte nicht übertreten sollten. Diese verlief vom nordalbanischen Shkodra östlich bis zur bulgarischen Grenze. Außerdem drehte die 3. Ukrainische Front nach der Befreiung Belgrads am 20. Oktober nach Nordwesten, um in die schweren Kämpfe um Budapest und in Westungarn einzugreifen.

Churchill hatte darauf spekuliert, daß der durch britische Passivität ermöglichte Abzug der Wehrmacht aus Griechenland den Vormarsch der Roten Armee an der Donau und im Karpatenbecken verzögern werde, um einen weiteren Punkt seiner Balkanpläne realisieren zu können.

Seit der Ausschaltung der deutsch-italienischen Truppen in Nordafrika im Mai 1943 verfolgte die Führung in London das Ziel, alliierte Truppen im Nordwesten der Balkanhalbinsel zu landen, um vor der Roten Armee in Ungarn und Österreich zu erscheinen und auch diese Gebiete unter britischen Einfluß zu bringen. Am 28. August 1944 schrieb Churchill an den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, eine „schlagkräftige Armee“ könne von Oberitalien aus in Istrien landen und durch die Laibacher Senke weiter nordwärts nach Wien und Ungarn vordringen. Damit könnte man, so Churchill weiter, in diesem Gebiet „eine weit über den militärischen Rahmen hinausgehende Wirkung ausüben...auf alle Fälle wären wir aber in der Lage, eine günstige neue Situation voll auszunutzen.“

Putsch in Budapest

An diese Möglichkeit klammerten sich auch Horthy und seine Umgebung. Nach Beginn der sowjetischen Augustoffensive suchten sie hektisch nach Wegen, sich aus dem Bündnis mit den Nazis zu lösen und eine Besetzung Ungarns durch die Rote Armee zu verhindern. Als er am 15. Oktober einen Waffenstillstand verkündete, putschten Wehrmacht und SS. Horthy wurde inhaftiert; der Chef der faschistischen Pfeilkreuzlerpartei, Ferenc Szalasi, als Ministerpräsident und Staatsführer eingesetzt.

Dieser sollte die totale Mobilisierung der Ungarn und der ungarischen Wirtschaft für die deutsche Kriegsführung durchführen. Neben massenhaften Einberufungen als Soldaten und Hilfskräfte zu den ungarischen Streitkräften, die unter deutschem Kommando standen und größtenteils auf anderen Kriegsschauplätzen eingesetzt wurden, deportierte man zehntausende Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren zur deutschen Fliegerabwehr außerhalb Ungarns. Gleichzeitig lief die totale Ausplünderung der noch nicht befreiten Gebiete, alles Brauchbare, alle Rohstoffvorräte, Lebensmittel, die Viehbestände, komplette Betriebsanlagen, häufig mit der gesamten Belegschaft, und das rollende Material der Eisenbahn wurden nach Westen, meist nach Deutschland, gebracht. Was nicht transportabel war, wurde zerstört. Im Dezember wurden die Bestände der Ungarischen Nationalbank „verlagert“. 51 Waggons mit Gold, Silber, Banknoten, Devisen Wertpapieren und Druckplatten wurden nach Deutschland gebracht.

Im Oktober gelang der Roten Armee in äußerst verlustreichen Kämpfen die Befreiung Ost-Ungarns bis zur Tizsa. Das sowjetische Oberkommando befahl am 28. Oktober die baldige Einnahme von Budapest. Für die sowjetische Führung war die schnelle Befreiung der ungarischen Hauptstadt auch politisch wichtig. Der sicherste Weg, die Errichtung einer britischen Einflusszone, die vor allem in Ungarn und Österreich die traditionellen, reaktionären Eliten als Vasallen Londons an die Macht bringen sollte, zu verhindern, war der schnelle Vormarsch der Roten Armee.



Rotarmisten in blutigen Straßenkämpfen in Budapest

Inzwischen hatten die Wehrmacht und die ungarische Armee die Gebiete westlich der Donau, mit tiefgestaffelten Befestigungsanlagen versehen. Die wichtigste Linie verlief durchgehend von der jugoslawischen Grenze, angelehnt an den Balaton, in einem Halbkreis östlich um Budapest bis zur slowakischen Grenze. Für den Bau wurden Hunderttausende Ungarn, darunter Zehntausende budapester Juden zwangsweise unter furchtbaren Bedingungen eingesetzt. Der Vormarsch der Roten Armee war mit den Befestigungsbauten zwar zu verzögern, aber nicht aufzuhalten. Am 01. November hatten sowjetische Panzerspitzen die Vorstädte der Hauptstadt erreicht. Die Wehrmacht erklärte am 23. November Budapest zur Festung. Der Befehl forderte, die Stadt sei „Haus um Haus“ und ohne Rücksicht auf die Einwohner zu verteidigen. Zum Kampfkommandanten wurde der SS-General Karl Pfeffer-Wildenbruch ernannt. Auf Druck der Deutschen verkündete Szalasi, die ungarische Hauptstadt sei keine „offene Stadt“, was Budapest der Zerstörung auslieferte. In dem Befehl des Generalstabschefs des Heeres, Heinz Guderian, heißt es, „alle im Interesse der deutschen Kriegsführung erforderlichen Zerstörungen und Lähmungen an Industrie und Verkehrsanlagen, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken (seien) planmäßig und gründlich durchzuführen... Auf die ungarischen Interessen kann hierbei leider keine Rücksicht genommen werden.“ Auch die Donaubrücken seien zu zerstören. Ende Dezember stieß die Rote Armee für die Wehrmacht unerwartet nördlich und südlich an der Stadt vorbei. Am 26. Dezember vereinigten sich die inneren Flügel der Angriffskeile westlich von Budapest, während die Hauptkräfte bis an die bedeutende Industriestadt Komarom, etwa 70 Kilometer westlich von Budapest, heranrückten. Die Hauptstadt war eingeschlossen. In Budapest befanden sich zu dieser Zeit etwa 800000 Zivilisten und ca. 75000 Soldaten. Die Stadt war für eine Belagerung nicht vorbereitet. Nur geringe Mengen an Versorgungsgütern, hauptsächlich für das Militär bestimmt, gelangten eine gewisse Zeit auf dem Luftweg in das belagerte Budapest. Um der Bevölkerung die absehbar schweren Leiden einer Belagerung zu ersparen und die Stadt vor der weitgehenden Zerstörung zu bewahren, unterbreitete die Rote Armee Pfeffer-Wildenbruch ein Kapitulationsangebot: Alle ungarischen Kombattanten sollten in ihre Heimatorte entlassen werden, den deutschen Soldaten wurde ehrenvolle Behandlung

zugesichert. Ohne das Angebot zur Kenntnis zu nehmen, wurden die Parlamentäre abgewiesen und auf dem Rückweg getötet. Das Oberkommando der Wehrmacht dekretierte, zukünftig Parlamentäre an den eigenen Linien mit Waffengewalt zurückzuweisen. Außerdem erging der Befehl: „Budapest ist so lange zu halten, bis die Stunde des Entsatzes gekommen ist.“ Ein Ausbruch aus dem Kessel wurde untersagt. Es ging den deutschen Generalen nicht um die Rettung der Eingeschlossenen. „Entsatz“ bedeutete, in die Stadt einen Nachschubkorridor vor allem für Mannschaften und Waffen zu öffnen. Budapest sollte wegen seiner Lage am Donau-Knie die Flanken sowjetischer Vorstöße nach Westen bedrohen und Ausgangspunkt einer Wiedereroberung der Tisza-Linie sein, so die operative Spekulation der Wehrmacht. Das militärische Potential in der Festung lag wie bei den meisten ab Sommer 1944 im Osten angelegten festen Plätzen brach. Die Rote Armee war inzwischen so stark, daß sie faschistische Gruppierungen stabil einkesseln und gleichzeitig rechts und links an den Festungen vorbeistoßen konnte. So spielte die Budapester Garnison bei der Bekämpfung der entscheidenden sowjetischen Dezemberoffensive Richtung Westen, die nördlich und südlich an der Stadt vorbei führte, keine Rolle. Drei Entsatzoffensiven der Wehrmacht im Januar scheiterten auch deshalb, weil die Soldaten in der Festung den Belagerungsring der Roten Armee nicht durchbrechen konnten, um den auf Budapest zumarschierenden Verbänden entgegen zu kommen.

Schreckensregime

Die Lage in der Festung verschlechterte sich rapide. Ein neutraler Bericht beschreibt die Situation wie folgt: „Um jedes Haus, ja um jedes Zimmer wird gekämpft. Straßen, Plätze und Hinterhöfe sind mit Gefallenen übersät...Die ganze Stadt ist in einen Schleier von Rauch und Staub gehüllt...Die Leiden der Zivilbevölkerung sind unbeschreiblich.“ Karoly Beregfy, Kriegsminister der Pfeilkreuzlerregierung, informierte den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, Otto Wöhler, über die Lage und die für die Nazis gefährliche Stimmung unter der Bevölkerung: „Die ausgebombte, aus ihren Schutzkellern verdrängte, von ihren Werten beraubte, durch Hunger, Mangel an Wasser, eigenes und feindliches Feuer gequälte Zivilbevölkerung gibt ... ihrem Hass gegenüber den Deutschen und Pfeilkreuzlern Ausdruck. Es (ist) vorgekommen, daß die Russen Lebensmittel und Zigaretten verteilt haben und den Bewohnern Wasser bringen ließen. Infolgedessen werden die Russen mehrseits als Befreier erwartet. Die Russen belegen jede...militärische Bewegung hauptsächlich mit Granatwerfer-F Feuer, aber die... Zivilbewegungen werden von ihnen nicht beschossen.“

In der Festung erhielt die Szalasi-Verwaltung, die als Verbrecherregime schlechthin galt, bei der Massenvernichtung des inneren Feindes, vor allem der Kommunisten und anderer „abtrünniger“ Ungarn, freie Hand. Die in der Stadt lebenden etwa 150000 Juden hatten in besondere Weise unter dem Terror der Pfeilkreuzler zu leiden. Sie waren von den seit April 1944 mit Horthys Hilfe durchgeführten Massendeportationen von fast 500000 Menschen in die Vernichtungslager ausgenommen worden. Internationale Proteste hatten im Sommer die Deportationen gestoppt. Nach dem Oktoberputsch versuchten die deutschen Behörden mit Szalasi ihr Ziel, die Vernichtung aller in Ungarn lebenden Juden, zu realisieren. Vorrangig sollten arbeitsfähige Juden für den Stellungsbau eingesetzt werden. Der Reichsbevollmächtigte Edmund Veessenmayer meldete am 13. November an das Auswärtige Amt, bisher seien 27000 „Juden in das Reichsgebiet in Marsch gesetzt worden.“ In Tagesraten von 2-4000 Menschen sollten weitere 40 000 „abtransportiert werden.“ Die Einschließung Budapests unterband die Deportationen. Das Leiden der jüdischen Bevölkerung in der Stadt aber ging weiter. Am 17. Oktober telegraphierte Veessenmayer nach Berlin, seit dem 16. Oktober seien gegen die Budapester Juden „Ausschreitungen und Tötungen im Gange“. Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop wies am 20. Oktober die deutschen Behörden an, die Gräueltaten „in jeder Weise zu unterstützen“ Es liege „in unserem Interesse, wenn die Ungarn jetzt auf das allerschärfste gegen die Juden vorgehen.“ Dadurch würden sich die Führer der Pfeilkreuzler „in

den Augen unserer Feinde kompromittieren“ und wären alternativlos an die Nazis gebunden. Tausende fielen den Szalasi-Horden zum Opfer, meist wurden sie auf offener Straße hingemetzelt.

Am 13. Februar musste Pfeffer-Wildenbruch kapitulieren.

Bei der Befreiung war die „Perle an der Donau“ weitgehend ein Trümmerfeld ohne Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung. Die Deutschen hatten alle Donaubrücken zerstört. Verheerend ist die Bilanz der menschlichen Opfer: 38000 Zivilisten fanden den Tod. Etwa 50000 deutsche und ungarische Soldaten kamen bei den Kämpfen ums Leben. 80000 sowjetische und rumänische Soldaten sind für die Befreiung Budapests gestorben.

Nach der Schlacht denunzierte General Wöhler in einem Schreiben vom 12. März 1945 an den Oberbefehlshaber der ungarischen Armee, Imre Kovacs, einen Offizier weil dieser Meinungen verbreitet habe, die geeignet seien, „den Heldenkampf um Budapest in den Kot“ zu ziehen. Oberstleutnant Gadaros habe geäußert, schreibt Wöhler, „die Verteidigung Budapests (sei) ein Unsinn gewesen. Die Russen hätten im Rundfunk wiederholt erklärt, sie wollten Budapest schonen. Die ungarische Bevölkerung schreibe es den Deutschen zu, daß ihre Hauptstadt zerstört sei...Man müsse es den Sowjets danken, wenn von der Stadt überhaupt noch etwas übrig geblieben sei.“

Teil III

Ungarn ist frei!

Anfang März 1945 begann am Balaton die letzte Großoffensive der Wehrmacht. Der sowjetische Gegenschlag führte am 04. April zur Befreiung Ungarns.

Die Offensive der Roten Armee im August 1944 am Südteil der deutschen Ostfront hatte die Lage in Südosteuropa grundlegend verändert. Rumänien, Bulgarien, ein großer Teil Serbiens und Ostungarn bis zur Tiza wurden befreit. Am 01. November erreichten Panzerspitzen der Roten Armee die östlichen Vorstädte Budapests. Auf ihrem Weg Richtung Westen lag vor den sowjetischen Streitkräften die Donau als ein schwer zu überwindendes Hindernis. Außerdem hatten deutsche und ungarische Militärs unter Einsatz hunderttausender Zwangsarbeiter in dem Gebiet westlich des Stroms ein tiefgestaffeltes Befestigungssystem angelegt. Die wichtigste Festungslinie, ergänzt durch zahlreiche Ausweich- und Rückzugsstellungen, verlief von der jugoslawischen Grenze, vorbei am Balaton, in einem Halbkreis östlich um Budapest bis zur slowakischen Grenze.

Während an anderen Abschnitten der deutsch-sowjetischen Front und an der Westfront im Herbst 1944 relative Ruhe herrschte, begann Ende November 1944 in Ungarn die Rote Armee eine Großoffensive in Richtung Bratislava-Wien. In verlustreichen Kämpfen forcierten die sowjetischen Truppen den breiten Strom und durchbrachen die deutschen Stellungen. Die 2. Ukrainische Front (eine sowjetische Front war ein strategischer Großverband der Roten Armee, vergleichbar mit einer Heeresgruppe der Wehrmacht) stieß nördlich an der ungarischen Hauptstadt vorbei. Die 3. Ukrainische Front, die zuvor maßgeblich an der Befreiung Belgrads beteiligt war, umging Budapest von Süden. Die inneren Flügel der beiden Angriffskeile vereinigten sich bei Esztergom, etwa 40 Kilometer nordwestlich der ungarischen Hauptstadt. Budapest, von den Faschisten am 23. November zur Festung erklärt, war stabil eingeschlossen (s. „junge Welt“ v. 13. Februar 2020, S. 12/13). Die Angriffsspitzen der Roten Armee schoben sich bis an Komaron heran. Die Stadt, etwa 70 Kilometer nordwestlich von Budapest gelegen, galt als Ausfalltor nach Bratislava und Wien und war wegen ihrer Ölraffinerien nach dem Verlust der galizischen und rumänischen Anlagen für die Treibstoffversorgung der Wehrmacht von herausgehobener Bedeutung.

Antisowjetisches Vabanque

Der Kriegsverlauf seit Sommer 1944 weckte allenthalben die Hoffnung, daß die Zeit der deutschen Faschisten bald abgelaufen sei. Auch unter den Mächtigen und Einflussreichen in Deutschland verbreitete sich die Erkenntnis, daß der Krieg nicht mehr mit einem „Siegfrieden“ beendet werden könne. Deutscher Politiker, Wirtschaftsvertreter und Militärs versuchten, mit den Westmächten ins Gespräch zu kommen. Die Emissäre verfolgten zwei Ziele: Man wollte eine Einstellung der Kampfhandlungen an der Westfront und in Italien erreichen, um alle Kräfte gegen die Rote Armee werfen zu können. Das liege, so die Annahme der deutschen Abgesandten, auch im Interesse des Westens. Außerdem wollte man die Angloamerikaner bewegen, von der Casablanca-Linie abzugehen. Im Januar 1943 hatten der US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill in der marokkanischen Stadt beschlossen, den Kampf gegen Deutschland solange zu führen, bis das Nazireich bedingungslos kapituliert. Mit dem geforderten Abrücken von diesem Grundsatz wollten die deutschen Vertreter eine bedingungslose Kapitulation verhindern sowie Einfluß auf die Modalitäten der Kriegsbeendigung und auf die Nachkriegsregelung erhalten.

Hitler und seine Umgebung verfolgten eine andere Konzeption. Auch für sie war klar, daß der Raub- und Vernichtungskrieg nicht mehr siegreich zu beenden war. Man setzte darauf, daß die Anti-Hitler-Koalition bald zerbrechen werde. Dann würden die „Karten neu gemischt“ und man könne mit den Westmächten reden. Solche Verhandlungen seien aber nur dann sinnvoll, wenn man sie von einer Position der Stärke aus führe. Den Alliierten müsse klargemacht werden, daß auch sie den Krieg nicht kurzfristig gewinnen können und Hitlerdeutschland niemals kapitulieren werde. Vor Offizieren der Westfront sagte Hitler am 12. Dezember 1944: „Das leiseste Anzeichen irgendeiner ... Kapitulationsstimmung führt beim Gegner dazu, daß er dann wieder seine Hoffnung auf einen Sieg steigen sieht.“ Er zeigte sich davon überzeugt, daß die Anti-Hitler-Koalition an vermeintlich unüberbrückbaren Differenzen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zerbrechen werde. Hitler schlussfolgerte, man müsse durchhalten und Zeit gewinnen. Wichtig sei: „Wenn hier noch ein paar ganz schwere Schläge erfolgen, so kann es jeden Augenblick passieren, daß diese künstlich aufrechterhaltene Front plötzlich mit einem riesigen Donnerschlag zusammenfällt.“ Durch „rücksichtslose Schläge“, so Hitler, könne man den Zerfall der Anti-Hitler-Koalition beschleunigen und dem westlichen Gegner klarmachen, „daß er nie auf eine Kapitulation rechnen kann“. Den Westmächten blieben nur Verhandlungen auf Augenhöhe. Ein militärischer Erfolg werde den Angloamerikanern auch zeigen, daß die Wehrmacht stark ist und daß man ohne sie den „Bolschewismus“ nicht besiegen könne.

Abenteuerliche Planung

Seit Mitte September 1944 hatte die deutsche Führung die Absicht, an der Ostfront in die Defensive zu gehen und an der Westfront in einem kleinen Gebiet ein militärisches Übergewicht zu schaffen, um gegen die angloamerikanischen Truppen die von Hitler geforderten „schwere(n) Schläge“ führen und einen operativen Durchbruch erzielen zu können..

Der Plan sah vor, auf einem etwa 120 Kilometer langen Frontabschnitt zwischen südlich Monschau in der Eifel und nördlich Echternach in Luxemburg die Front der 1. US-Armee zu durchbrechen und mit starken Panzerkräften bis nach Antwerpen vorzustoßen. Die nördlich dieser Linie stationierten vier westalliierten Armeen sollten in einer riesigen Kesselschlacht vernichtet werden. Außerdem würden durch die Besetzung Antwerpens der wichtigste westalliierte Nachschubhafen ausgeschaltet und die südlich dieser Linie stehenden US-amerikanischen Verbände in große Schwierigkeiten gebracht. Die deutsche Militärführung war davon überzeugt, daß die Offensive, so Hitler vor Offizieren im Dezember 1944, „eine Wendung des Westfeldzuges und damit vielleicht des ganzen Krieges“ herbeiführen werde.

Am 16. Dezember begann für die Amerikaner unerwartet die deutsche Ardennenoffensive mit zwei Panzerarmeen und einer allgemeinen Armee. Zwar konnten Geländegewinne erzielt, aber

kein operativer Durchbruch erreicht werden. Schon nach zwei Tagen lief sich ausgerechnet bei dem Eliteverband der Deutschen, der eigens für die Operation aufgestellten 6. SS-Panzerarmee, der Angriff in der Hauptrichtung fest. Die Operation „Wacht am Rhein,“ wie die Deckbezeichnung der Offensive lautete, war gescheitert.

Die deutsche Führung änderte ihr strategisches Konzept. Im Kriegstagebuch des Oberkommando der Wehrmacht (OKW) heißt es: „Der Führer befahl...im Westen zur Verteidigung überzugehen.“ Die Truppen sollten sich hinhaltend kämpfend auf den „Westwall“ zurückziehen. Das etwa 630 Kilometer lange Befestigungssystem verlief entlang der deutschen Westgrenze von den Niederlanden bis zur Schweiz. Von der Westfront und aus Italien sowie aus dem Kontingent der Neuaufstellungen wollte man starke Kräfte an die Ostfront werfen. Im Rahmen dieses Strategiewechsels fiel die Aufmerksamkeit der deutschen Generalität auf Ungarn, wo die Rote Armee zum Stoß auf Bratislava und Wien ansetzte. Der gesamte Südteil der deutschen Ostfront drohte einzustürzen. Damit wären auch die einzigen den Nazis verbliebenen Ölvorkommen, jene um Nagykanizsa südlich des Balaton und im Wiener Becken, verlorengegangen. Von dort, erläuterte Hitler seinen Generalen, kämen 80 Prozent des deutschen Treibstoffverbrauches. Sollte diese Ölbasis wegfallen, sei „eine weitere Kriegführung nicht mehr möglich“. Durch einen Sieg in Ungarn gewönne man Zeit, um auf den Bruch der Anti-Hitler-Koalition zu warten und man könne den Westmächten den Wert der Wehrmacht gegen den „Bolschewismus“ beweisen.

Der deutsche Kriegsplan sah nach einem Eintrag im Kriegstagebuch des OKW vor, zunächst einen Korridor in die seit dem 24. Dezember eingeschlossene „Festung“ Budapest zu schlagen, durch den noch mehr Soldaten sowie Waffen, Munition und Versorgungsgüter gebracht werden könnten. Damit behalte man mit dem größeren östlichen Stadtteil Pest auch den einzigen Brückenkopf auf dem linken Donau-Ufer. „Nach der Bereinigung der Lage um Budapest“, heißt es weiter, habe „der Führer“ die Absicht, die in Westungarn „stehenden feindlichen Kräfte zu vernichten.“ In einer riesigen Kesselschlacht wollte man die beiden westlich der Donau kämpfenden sowjetischen Fronten zerschlagen, Westungarn wieder unter deutsche Kontrolle bringen und weitere Brückenköpfe am linken Donauufer für die baldige Rückeroberung Ostungarns errichten. Für die Operation mit der Deckbezeichnung „Frühlingserwachen“ wurden dem Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, Otto Wöhler, ab Ende Dezember starke Kräfte, vor allem eine große Zahl von Panzerverbänden, zugeführt, die überwiegend mit den neuesten Modellen „Panther“, „Tiger“ und „Königtiger“ ausgerüstet waren. Die Wehrmacht erreichte mit 14 Panzerdivisionen an dem relativ kleinen Frontabschnitt in Westungarn eine bedeutende Panzerdichte. So verfügte die aus den Ardennen an die Ungarnfront gebrachte 6. SS-Panzerarmee nach ihrer Auffrischung über 1408 Kampfwagen.

Unter den zugeführten Verbänden befanden sich ungewöhnlich viele SS-Divisionen, von denen einige, so die SS-Panzerdivisionen „Totenkopf“ und „Das Reich“, zuvor massenhaft und fortgesetzt schwere Kriegsverbrechen verübt hatten.

Einige Generale wiesen darauf hin, daß die Sowjetarmee eine Offensive aus dem Weichselbogen heraus plane, die direkt auf Berlin ziele. Man sollte die Truppen lieber an diesem Frontabschnitt konzentrieren. Dagegen sagte Hitler am 24. Dezember zu Heinz Guderian, Generalstabschef des Heeres, im Osten werde nichts passieren. Die Rote Armee sei nach den großen Schlachten im Sommer/Herbst 1944 erschöpft und habe ihre Offensivkraft verloren. Aufgrund dieser gravierenden Fehleinschätzung wurde im Dezember 1944 sogar das äußerst kampfstärke IV. SS-Panzerkorps mit 4 Panzer- und einer Infanteriedivision aus der Front bei Warschau nach Ungarn befohlen. Am 12. Januar 1945 begann die sowjetische Weichsel-Oder-Operation. Binnen vier Wochen erreichte die Rote Armee die Oder bei Frankfurt. Die Nazis blieben bei ihren Planungen. General Wöhler meinte, die Ungarn-Offensive könne „ein ganz großer Schlag werden“. Nach dem Sieg sei man in der Lage, neun Divisionen an die Oder zu werfen.

Der Sieg

Angesichts des gewaltigen Truppenaufmarschs der Wehrmacht in Ungarn ging die Rote Armee dort zur Verteidigung über. Tiefgestaffelte Befestigungsanlagen wurden in der vermuteten Hauptrichtung der deutschen Offensive errichtet. Darin, so der sowjetische Plan, sollte sich die deutsche Offensivkraft verschleißen. Danach wollte die Rote Armee zum Gegenschlag ausholen.



Sowjetische Truppen in Westungarn auf dem Weg nach Wien 1945

Der deutsche Hauptangriff begann am 06. März. Die Wehrmacht erzielte beträchtliche Geländegewinne, ein operativer Durchbruch gelang jedoch nicht. Beide Seiten erlitten große Verluste. Nach einer Woche war die deutsche Offensivkraft erlahmt. Am 16. März traten die inzwischen verstärkten Verbände der Roten Armee zum Gegenstoß an. Die deutsche Front brach auseinander. Selbst Eliteverbände flohen panikartig Richtung Österreich. Auch die letzte Befestigungsanlage, die „Reichsschutzstellung“ an der österreichisch – ungarischen Grenze, konnte schnell durchstoßen werden. Zum Bau des auch „Südostwall“ genannten Festigungswerkes wurden meist Zwangsarbeiter, darunter mehr als 30000 ungarische Juden, eingesetzt. Den unmenschlichen Bedingungen oder Massakern der Wachmannschaften fielen über 30000 Menschen zum Opfer. Am 04. April war Ungarn befreit.

Horthys Erbe

Während Ende 1944 in Westungarn noch schwere Kämpfe tobten, etablierten sich in den befreiten Gebieten neue demokratische Machtorgane.

Am 22. Dezember wurde in Debrecen, der drittgrößten Stadt des Landes, auf breiter politischer Grundlage eine provisorische Regierung gebildet. Ministerpräsident wurde Bela Miklos Dalnaki. Er war zuvor Oberbefehlshaber der 1. Ungarischen Armee und im Oktober 1944 auf die Seite der Roten Armee übergegangen. Der Generalstabschefs der ungarischen Armee, Janos Vörös, folgte ihm. Bei vielen auf deutscher Seite weiter zum Kampf gezwungen ungarischen Soldaten verfestigte sich die Erkenntnis, daß sie nur Kanonenfutter für deutsche Interessen waren und desertierten. Zahlreiche ungarische Einheiten nahmen sofort nach ihrem Übertritt zur Roten Armee den Kampf gegen die Wehrmacht auf. Im Kriegstagebuch des OKW heißt es z.B. am 01. April 1945: „Ungarn liefen auf die Feindseite über und kämpften auf dieser gleich weiter.“

Die neue Regierung in Debrecen stand vor schier unlösbaren Aufgaben: Der zwischen 1920 und Oktober 1944 regierende „Reichsverweser“ Miklos Horthy und seine Clique sowie sein kurzzeitiger Nachfolger, der „Führer“ der faschistischen Pfeilkreuzlerpartei, Ferenc Szalasi, hatten mit ihrer Politik der „engsten Anlehnung an Deutschland“ als vermeintliche Garantie für die Schaffung eines „Großungarn“ das Land in die größte Katastrophe seiner fast tausendjährigen Geschichte gestürzt.

Ungarn war ausgeplündert und weitgehend ein Trümmerfeld. Die Deutschen hatten alles Brauchbare sowie einen großen Teil der arbeits- und wehrfähigen Bevölkerung ins „Reich“ abtransportiert. Alles, was nicht transportabel war wurde zerstört, darunter auch alle Bergwerke und Verkehrseinrichtungen. Die Kriegsschäden machten mehr als 40 Prozent des Nationalreichtums aus. Die von Horthy betriebene Politik der engen Anlehnung an Hitlerdeutschland und die Teilnahme am Raub- und Vernichtungskrieg der Nazis forderte von der ungarischen Bevölkerung einen hohen Blutzoll. Etwa 360000 Soldaten und mehr als 130000 Zivilisten starben. Das alles überschattende Ereignis in der ungarischen Geschichte war die Vernichtung der in Ungarn lebenden Juden. Unter entscheidender Mitwirkung Horthys wurden zwischen April und Juli 1944 fast 500000 Juden in deutsche Vernichtungslager deportiert, wo man die meisten im Gas erstickte. Viele Zehntausend starben in den Arbeitskompanien des ungarischen Heeres, wurden bei Massakern getötet, erlitten die Bedingungen in Ghettos oder Zwangsarbeitslagern und staatlich gelenkten Pogromen. Auch mindestens 6000 Sinti und Roma sowie hunderte Kommunisten und andere „abtrünnige“ Ungarn sind deutschen und ungarischen Faschisten zum Opfer gefallen.

Wegen der Komplizenschaft mit Deutschland war das Land international geächtet. Die Regierung in Debrecen unternahm große Anstrengungen, um Ungarn wieder in die internationale Staatengemeinschaft zu integrieren und erklärte am 28. Dezember 1944 Deutschland den Krieg. Ungarn schloss mit den Mächten der Anti-Hitler-Koalition am 10. Februar 1947 in Paris einen Friedensvertrag. Es wurde bestimmt, daß alle seit dem 01. Januar 1938 erfolgten territorialen Erweiterungen ungültig seien. Ungarn mußte ein Gebiet von mehr als 45 Prozent seines Territoriums mit mehr als 50 Prozent seiner Einwohnerschaft zurückgeben.

Horthys Soldaten hatten in der Tschechoslowakei, in Jugoslawien und in der Sowjetunion gewaltige Zerstörungen und großes Leid verursacht. Um einen Teil dieser Schäden zu regulieren, wurde Ungarn zur Zahlung von Reparationen in Höhe von 300 Millionen US Dollar verpflichtet. 200 Millionen mußten an die Sowjetunion, 70 Millionen an Jugoslawien und 30 Millionen an die Tschechoslowakei entrichtet werden. Wegen der konsequenten Abwendung des neuen Ungarn vom deutschen Faschismus fielen die Auflagen des Friedensvertrages moderat aus. 1948 erließ die Sowjetunion Ungarn 50 Prozent der noch ausstehenden Reparationsschuld.

Ein weiteres Zeichen der radikalen Abkehr vom Faschismus waren mehrere Tausend Prozesse bis in die 60er Jahre gegen Mitarbeiter der Horthy- und Szalasi-Administration. Szalasi wurde in Niederbayern festgenommen, an Ungarn ausgeliefert und zum Tode verurteilt. Horthy konnte sich einer Bestrafung entziehen. Er war seit seiner Entmachtung am 15. Oktober 1944 in der Luxusherberge Schloss Hirschberg am Haarsee von den Deutschen interniert. Nach der Befreiung durch US-Truppen gewährte ihm das von dem Faschisten Antonio Salazar regierte Portugal Asyl, wo er 1957 starb. 1993 wurde er mit großem Pomp in Ungarn erneut beigesetzt. In neuerer Zeit werden ihm Denkmäler gewidmet. Premier Viktor Orban nannte ihn im Juni 2017 einen „Ausnahmestaatsmann“.

Agrarrevolution

Noch vor der Befreiung Westungarns ging die Debrecener Regierung mit großer Konsequenz daran, die Abwendung vom alten, mit feudalen Resten durchsetzten Ungarn auch auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet vorzunehmen.

Der wichtigste Schritt war die Bodenreform, die am 17. März 1945 beschlossen wurde. Sie bestimmte, den weltlichen und kirchlichen Großgrundbesitz vollständig zu enteignen. Ebenso war mit dem Grundbesitz der, wie es im Gesetz heißt, „Landesverräter, Kriegsverbrecher und Volksfeinde“ zu verfahren. Mit der revolutionären Maßnahme wollte man einmal die schreienden Ungerechtigkeiten beim Landbesitz beseitigen. 85 Prozent aller Landwirte besaßen nur 19,4 Prozent der nutzbaren Fläche, während eine Minderheit von 0,06 Prozent der

Grundbesitzer 30 Prozent besaß. Die Kirche galt als größter Grundbesitzer. Reichster weltlicher Landeigner war Pal Esterhazy mit einem Landbesitz von ca. 128000 ha. Das war fast so viel Fläche, wie 600000 Zwergbauern (Betriebe unter 0,576 ha) zusammen besaßen. Diese Besitzverhältnisse erzeugten für die 1,5 Millionen Zwergbauern und die ebenso große Gruppe des landlosen Agrarproletariats, die zusammen etwa 34 Prozent der ungarischen Bevölkerung ausmachten, katastrophale soziale Verhältnisse. Selbst bürgerliche Autoren nannten vor dem Zweiten Weltkrieg Ungarn als das Land der „drei Millionen Bettler“.

Zum anderen ging es darum, die ökonomischen Grundlagen der Großgrundbesitzerklasse, die großen, extrem reaktionären politischen Einfluß ausübte, zu beseitigen. So waren die Grundbesitzer seit den 20er Jahren eine entscheidende Stütze des Horthyregimes.

Im Zuge der Märzbeschlüsse wurden 3,2 Millionen ha enteignet. Das waren 35 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. 1,8 Millionen ha erhielten rd. 650000 Landlose und Landarme. Der Rest fiel an den Staat und die Gemeinden. Um die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte schnell zu steigern und die Lebensbedingungen im Dorf jenen in der Stadt anzugleichen, ging Ungarn seit den 50er Jahren den Weg der genossenschaftlichen Produktion (LPG). Durch massenhaften Einsatz von Wissenschaft und Technik wollte man die gesamte Produktion intensivieren. Die LPG entwickelten sich sehr bald zu einer ökonomischen Erfolgsgeschichte. Die landwirtschaftliche Erzeugung wies trotz sinkender Beschäftigtenzahlen zweistellige Zuwachsraten auf. Schon Ende der 70er Jahre gehörte Ungarn hinsichtlich der Erträge in der Tier- und Pflanzenproduktion zu den führenden Ländern in der Welt.

Der Zusammenbruch des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, dem wichtigsten Auslandsmarkt für die ungarische Landwirtschaft, die Öffnung Ungarns für westliche Waren und Privatisierungsorgien führten nach 1990 zur Zerschlagung der LPG. Damit verschwand im Einklang mit den politischen Wünschen der neuen Herrscher in Budapest ein Beispiel erfolgreicher sozialistischer Agrarpolitik mit bis heute sichtbar schwerwiegenden sozialen Folgen.

Nach einer Artikelserie in der Tageszeitung „junge Welt“, Berlin v. 19. März 2019, 13. Februar 2020 und 04. April 2020.